

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 915 20-0  
Telefax: 896 846 pbbn d  
Telefax: 915 20-12

## Inhalt

Marion Caspers-Merk MdB zu Bemühungen zur Energieeinsparung bei Haushaltsgeräten: Neue Kühlschränke - ökologischer Fortschritt oder heiße Luft?

Seite 1

Horst Peter MdB zu den Gründen für das ungünstige Wahlergebnis der hessischen Kommunalwahl: Die hessische SPD lief in eine Glaubwürdigkeitsfalle.

Seite 3

### Dokumentation

Ziele und Wege der Parteiform "SPD 2000". Wir dokumentieren Auszüge aus dem Papier der Projektgruppe des Parteivorstandes (Teil II und Schluß).

Seite 5

48. Jahrgang / 54

19. März 1993

### Neue Kühlschränke - ökologischer Fortschritt oder heiße Luft?

Von Marion Caspers-Merk MdB

Weil sich die einen für ein neues Kühlkonzept erwärmen, erhitzen sich die Gemüter der anderen. Derweil wurde es im Treibhaus Erde wieder ein bißchen wärmer. Der Streit um den ÖkoKühlschrank der Firma Foron (ehemals dkk Scharfenstein) hat ins Bewußtsein gebracht, daß Kühl- und Gefriergeräte bislang von der Umweltpolitik viel zu stiefmütterlich behandelt worden sind, obwohl oder gerade weil sie aus unserem Alltag gar nicht mehr wegzudenken sind: Ihr aktuelles Potential als Ozon- bzw. Klimaschädling ist enorm, und sie stellen auch für das kommende Jahrzehnt eines der größten Depots von FCKW, H-FCKW und FKW dar. Außerdem gehören sie zu den wichtigsten Stromverbrauchern in privaten Haushalten und leisten so einen erheblichen Beitrag zum Treibhauseffekt. Dabei sind die meisten der am Markt befindlichen Geräte Energiefresser, obwohl ein deutlich niedrigerer Stromverbrauch technisch ohne weiteres machbar ist.

Noch im Dezember 92, bei einer Anhörung der Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt" zum Thema FCKW-Ersatzstoffe, waren sich die großen Kältetechnik-Produzenten, Hausgerätehersteller und die chemische Industrie einig, daß in fast allen wichtigen Teilbereichen der Kältetechnik der Fluorkohlenwasserstoff R-134a die einzige FCKW-Alternative sei. So auch bei den Kühl- und Gefrierschränken: Ein schlüssiges Szenario wurde entworfen. Der Ersatzstoff R-134a war nachgewiesenermaßen nicht ozonschädlich, er war universell einsetzbar, die chemische Industrie konnte ihn in absehbarer Zeit in den nötigen Mengen zur Verfügung stellen. Auch die gesundheitliche Unbedenklichkeit wurde, wenn auch nicht mit abschließender Sicherheit, bescheinigt. Bedenken von SPD-Politikern und Umweltschützern gegen den Stoff R-134a, u.a. wegen

- seines erwiesenen Beitrags zum Treibhauseffekt,
- seiner Einführung am Markt vor der endgültigen Klärung der toxikologischen Unbedenklichkeit,

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Veränderung  
mit maxim Rohstoff  
Recycling-Paper



- die nicht gesicherten umweltverträglichen Recycling- und Entsorgungspfade,
- die zu erwartende Weiterverwendung von FCKW bei der Kühl- und Gefriergeräteproduktion in Entwicklungs- und Schwellenländern, u.a. aufgrund der Kosten einer Umstellung der Produktion auf R-134a.

schienen eine planmäßige Einführung des Ersatzstoffes nicht aufhalten zu können. Unerwartet aber erschien, als Folge der Wiedervereinigung, ein enfant terrible auf der Wirtschaftsbühne West. Die um's Überleben kämpfende ostdeutsche dkk Scharfenstein dachte nicht daran, sich dem breiten Konsens anzuschließen: Ihr Gerät arbeitete mit Propan/Butan als Kältemittel und wurde mit wasserdampfgeschäumtem Polystyrol isoliert. Offenbar hatte man den Nerv des so vielbeschworenen mündigen Verbrauchers getroffen, denn innerhalb weniger Wochen lagen Vorbestellungen vor in einer Höhe, wie sie weiland nur die S-Klasse eines bekannten Autoherstellers erreichte.

Die Reaktionen der Etablierten waren entsprechend. Mit beeindruckender Geschwindigkeit formierte sich anfangs ein Kartell der Verhinderer, daß aber wenig erfolgreich war. Nach einer überraschenden Kehrtwendung haben nun mittlerweile alle großen Hersteller wenigstens ein Modell im Angebot, bei dem ebenfalls Propan/Butan statt R-134a im Kältemittelkreislauf ist oder bei dem zumindest in der Isolierung Alternativen verwendet werden, z.B. pentan- bzw. wasserdampfgeschäumtes Polystyrol oder Vacuum-Technologien. Nach derzeitigem Wissenstand werden diese zur Verfügung stehenden Alternativen als eindeutig umweltfreundlicher beurteilt. Ein Schelm, wer an Wendehälse auch im Westen denkt.

Ebenso wichtig wie die Frage der umweltfreundlichsten Kühl- und Isoliermittel ist der Energieverbrauch. Am wesentlichsten wird er von der Isolierung beeinflußt (Einfach gesagt: Wo kein Kälteverlust ist, braucht auch keine Külarbeit geleistet werden). Besonders energiesparende Kühl- und Gefriergeräte haben deshalb eine besonders effektive Isolierung. Insgesamt besitzen Kühl- und Gefriergeräte einen erheblichen Anteil am Gesamtstromverbrauch, eine Tatsache, die leicht vorstellbar wird, wenn man bedenkt daß in fast jedem der rund 36 Mio. deutschen Haushalte ein Kühlschrank und in rund 60% zusätzlich ein Gefriergerät täglich zwischen ca. 0,5 und 3 KW Strom verbrauchen. Bei den bisherigen Bemühungen zur Energieeinsparung bei Haushaltsgeräten bilden Kühlschränke das Schlußlicht, obwohl fast alle Hersteller ein oder zwei Geräte im Angebot haben, die zeigen, daß es gerade hier noch ein gewaltiges Einsparpotential gibt. Oft werden von denselben Herstellern sowohl Geräte mit extrem hohem Verbrauch produziert als auch sparsame Geräte, die dann aber aus Marketingüberlegungen meist erheblich teurer verkauft werden. Die ab dem 1. Juli 93 geltende Kennzeichnungspflicht auf der Grundlage der EG-Richtlinie "Angabe des Verbrauchs an Energie und anderen Ressourcen durch Haushaltsgeräte mittels einheitlicher Etiketten und Produktinformationen" ist in diesem Zusammenhang als ein Schritt in die richtige Richtung zu werten. Es ist aber zu befürchten, daß sie ohne ergänzende Maßnahmen nur eingeschränkt wirksam werden kann, denn dem niedrigen Anschaffungspreis eines "Energiefressers" im Sonderangebot kann man nur durch Kennzeichnung allein nicht genug entgegensetzen. Ergänzende Maßnahmen sollten z.B.

- positive Anreize zur Weiterentwicklung und Produktion besonders energiesparender Geräte, z.B. die Ausschreibung eines Forschungspreises wie in den USA,
- die Festlegung eines dynamischen anzupassenden Höchstverbrauchs sein.

Privatwirtschaftliche Initiativen wie der 100 DM-Bonus der RWE bei der Anschaffung energiesparender Neugeräte können in diesem Zusammenhang ebenfalls nützlich sein, allerdings sollten strengere Kriterien in Bezug auf die Umweltfreundlichkeit gelten. Beispielsweise könnte nur die Beschaffung von Geräten mit dem blauen Engel unterstützt werden.

Nun können aber nicht von heute auf morgen alle im Gebrauch befindlichen Geräte durch neue ersetzt werden. Dies wäre auch aus ökologischen Gründen wenig sinnvoll. Also müssen Millionen Kühl- und Gefriergeräte, die derzeit in Haushalten, Büros, Gaststätten und im Handel ihre stillen Dienste tun, ebenfalls in die ökologische Diskussion mit einbezogen werden. Bei einer durchschnittlichen Lebensdauer der Geräte von ca. 10 - 15 Jahren sind sie absehbar das umfangreichste Depot für FCKW, H-FCKW und FKW in Deutschland ebenso wie in allen anderen Industrieländern. Dazu kommt der

ganze Rest, eine Mischung aus den verschiedensten Metallen, Kunststoffen, Lacken und Ölen, die möglichst wiederverwendet oder umweltgerecht entsorgt werden sollten. Die grundsätzlich positiven Ansätze für Sammlung, Recycling und umweltgerechte Entsorgung von Kühl- und Gefriergeräten sind in der Praxis immer noch nicht zufriedenstellend umgesetzt. Gegen die langsame Ausgasung von FCKW aus den Isolierschäumen während der Gebrauchsphase sind sie sogar vollends machtlos. Hier sind die Hersteller in besonderem Maße aufgefordert, einer umfassenden Produktverantwortung mindestens zukünftig gerecht zu werden.

Schließlich ist derzeit eine globale Frage von entscheidender Bedeutung nicht beantwortet: Was geschieht mit dem Klima und mit der Ozonschicht, wenn die sog. Entwicklungs- und Schwellenländer unserem Weg folgen und zur Steigerung ihrer Lebensqualität ebenfalls einen Kühlschrank in jedem Haushalt anstreben? Sollte beispielsweise nur jeder fünfte Haushalt in Indien oder China einen Kühlschrank benutzen wollen - was nach dem westlichen Begriff von Lebensqualität immer noch als Armut eingeschätzt würde - käme sowohl in Hinsicht auf den Energieverbrauch als auch durch die Verwendung ozon- und klimaschädlicher Substanzen eine enorme Verschärfung der sattem bekannten Probleme auf uns zu. Der Bedarf an Kühlschränken in Indien und China beispielsweise steigt bereits stark an, und die Produktionskapazitäten dort werden ausgebaut. Aufgrund der derzeitigen wirtschaftlichen Situation in diesen Ländern ist zu befürchten, daß eine breite Umstellung der Produktion auf den Ersatzstoff R-134a dort nicht nachvollzogen werden kann. Damit besteht die Gefahr, daß statt dessen weiterhin FCKW dort produziert werden. UN- und Weltbankförderprogramme sehen derzeit keine Mittel vor, um die preiswerten Alternativen Propan/Butan bzw. pentan- oder wasserdampfgeschäumte Isolierungen zu fördern oder andere umweltverträgliche Technologien kostengünstig zur Verfügung zu stellen. Die starke Beteiligung der R-134a-Lobby in den entsprechenden Gremien hat sich bisher als wenig hilfreich bei der Entwicklung umwelt- und sozialverträglicher Konzepte erwiesen.

Zur Klärung der vielen offenen Fragen bei der Produktion, dem Gebrauch und der Entsorgung von Kühl- und Gefriergeräten hat die SPD-Bundestagsfraktion eine kleine Anfrage an die Bundesregierung eingebracht.

(-/19. März 1993/ks/ks)

\*\*\*\*\*

### Die hessische SPD lief in eine Glaubwürdigkeitsfalle

Von Horst Peter MdB

Ihr Wahlziel, die führende kommunalpolitische Kraft in Hessen zu bleiben und mindestens 40 Prozent hessenweit zu erreichen, hat die hessische SPD um Längen verfehlt. Die SPD mußte dramatische Verluste (in Kassel in der Spitze bis zu 20,7 Prozent) hinnehmen, verlor in mehreren Städten ihre Stellung als stärkste Partei, und wenn sie diese Position halten konnte, dann auf deutlich niedrigerem Niveau. Absolute Mehrheiten hat die SPD nur noch in zwei Landkreisen. Die Option rot-grün wurde ebenfalls landesweit minimiert, der Regelfall der Zukunft wird die Dreier-Koalition.

Allerdings muß ein von den Medien vermittelter Eindruck korrigiert werden: Landesweit zählt die CDU ebenfalls zu den Verlierern.

Traumatisch für die SPD ist das erwähnte Kasseler Resultat. Dort halbierte sich der Stimmenanteil nach fast 45jährigem ununterbrochenen Stadtreignis von 50,5 auf 29,8. Die Partei kommt von 57,1 Prozent (1972). Die SPD verlor an CDU, Reps, FWG und an die stärkste Partei, die Nichtwähler/Innen. Bemerkenswert ist das Kasseler Ergebnis wegen der Koalitionsgeschichte der Kasseler SPD in den 80er Jahren. 1981 vereinbarten Grüne und SPD in der Form einer "punktuellen Zusammenarbeit" die

erste rot-grüne Koalition. Das erstaunliche Resultat: nach 4jährigen "rot-grünen Chaos" war die parlamentarische Linke in Kassel noch nie so stark wie in den Wahlen von 1985. Beide Partner stürmten zusammen die 60 Prozent Mauer. (1). In der SPD führte die zurückgewonnene absolute Mehrheit zum Stillstand der programmatischen-politischen Diskussion und zur Verödung der innerparteilichen Demokratie. Kassel erreichte endlich das Niveau der großen Städte Frankfurt, Berlin und Bremen. Dem Verfall der innerparteilichen Dialogfähigkeit nach außen. Interesse- und wehrlos stand die Kasseler SPD den Kampagnen der lokalen Presse und Opposition und den bundespolitischen Trends gegenüber.

Das Wahlergebnis wird allgemein auf Kasseler Spezifika zurückgeführt. Eine exakte Analyse ergibt, daß sich diese Spezifika in den Rahmen strategischer Versäumnisse der SPD einordnen lassen.

Mit dem hessenweiten Wahlkampfkampagnemotto "soziale Gerechtigkeit" lief die hessische SPD in eine Glaubwürdigkeitsfalle. Unter dem Diktat der knappen Kassen konnte die SPD weder in den Kommunen noch in Hessen ihren Wählern deutlich machen, daß die SPD bei der Verteilung der knappen Ressourcen die richtigen Prioritäten setzt. Immer mehr folgt auch die SPD der Linie der "Festivalisierung der Kommunalpolitik" (2). Diese erlaubt die Demonstration von Handlungskompetenz und die Mobilisierung von politischem Konsens in einer Situation, in der es immer schwerer wird, handlungsfähige Mehrheiten auf Dauer zusammenzubinden. Damit werden die Mittel freigesetzt für den teuren Umbau der Städte, um diese den gewandelten Lebensweisen der Mittelschicht und dem expandierenden Dienstleistungssektor anzupassen. Große Ereignisse und Bauten sind Subventionsumlenkungsmaschinen. Sie bieten glamouröse Ziele und schaffen Aufbruchsstimmung. Andererseits ist diese Politik die gezielte Organisation des Wegsehens von den realen Problemen. Denn eine Politik, die sich der Probleme der Langzeitarbeitslosen annimmt, den ökologischen Umbau der Städte betreibt und Spielräume für Individualisierung öffnet, bleibt nach Siebels Ansicht auf fatale Weise unsichtbar. Menschen müsse man mit Menschen helfen. Dies verlange Berater, Helfer, kleinteilige Netze und Stützpunkte vor Ort.

Es kommt hinzu, daß die Menschen längst nicht mehr die Politikebenen Bund, Land und Kommune unterscheiden und die verschlungenen Haushalts- und Finanzierungsmodalitäten nicht mehr verstehen. Die Bürgerinnen und Bürger zahlen an einer Stelle ihre Steuern und Abgaben und kein Kommunalpolitiker macht ihnen mehr klar, daß die Bundes-Städtebaumittel zwar für einen Platz, nicht aber für den Wohnungsbau ausgegeben werden können. Von der Kommunalpolitik wird nicht mehr erwartet, daß sie zur Veränderung der ihre Lebensumstände bestimmenden Faktoren Arbeitslosigkeit, Wohnungslosigkeit, Armut, Krankheit, Umweltstreß beitragen kann.

In Bonn verstehen nur noch Analytiker, die mit Interna vertraut sind und Zwischentöne interpretieren können, die Rollenbeschreibung der SPD als Opposition in der Auseinandersetzung mit der Bundesregierung würdigen. Die SPD hat Bundeskanzler Kohl in eine tragikomische Situation gebracht. Kohl hat weder eine richtige Mehrheit noch eine richtige Opposition. Der breiten Bevölkerungsmehrheit im Lande ist die SPD als solche nicht erkennbar.

In deren Augen ist die SPD keine sozialpolitisch Alternative zur Bundesregierung und wird ihrer Aufgabe als "Schutzmacht der kleinen Leute" nicht gerecht, wenn die SPD im Parlament die systematische Kooperation mit der Union sucht, statt in der interessenbezogenen Konfrontation die Alternative zur Union zu definieren. Diese Funktion kann die SPD nur ausfüllen, wenn sie die gesellschaftliche Macht markiert, vor der die kleinen Leute geschützt werden sollen. Sie muß den Konflikt mit dem Kapital suchen. Eine offensive und strategisch angelegte Sozialpolitik muß die Trennung von Arbeits- und Armutspolitik aufheben, die von Seiten des Kapitals schon längst vollzogen ist.

So steht das Sozialhilfeniveau von zwei Seiten unter Druck. Weil Löhne nicht unter die Sozialhilfesätze sinken können, ist die Absenkung des Sozialhilfeniveaus die Voraussetzung für eine erfolgreiche Unternehmerinitiative zur Lohnsenkung. Weil die Sozialhilfe die Höhe des menschenwürdigen Lebensniveaus beschreibt und über die steuerlichen Grundfreibeträge das Existenzminimum steuerfrei bleiben soll, ist die anstehende Senkung der Sozialhilfe Voraussetzung für die Absenkung der steuerlichen Grundfreibeträge und für die Minimierung von steuerlichen Einnahmeverlusten durch den Staat.

Die Wahlenthaltung und auch die Stimmabgabe für "Rechts" ist die dringliche Aufforderung der sozial und örtlich marginalisierten an die SPD, konturierte Opposition gegen die Bundesregierung zu betreiben und gesellschaftliche Orientierung zu geben. Es sind die Arbeitslosen, Sozialhilfeempfänger, Kleinst-Rentner, die Wohnungssuchenden in den grauen Vorstädten, die keinen Ausweg aus ihrer Verschuldungskarriere sehen, denen verfallende soziale Infrastrukturen keine Hilfe mehr bieten können, die an Hauptverkehrsstraßen neben der sozialen auch die ökologische Krise ausbaden müssen, die unmittelbare Antwort auf ihre Bedürfnisse suchen und sich nicht auf eine Abhilfe in 3,4,5 Jahren verträsten lassen wollen.

Fehlgeschlagen ist der Versuch, den rassistischen Kern der Rep / DVU und NPD-Wähler mit dem Asyl-Kompromiß zu erreichen. Dieser Kern läßt sich von demokratischer Politik nicht mehr beeindruckten. Im Gegenteil: die Aufnahme der Asyl-Forderungen des rechten Randes in den Kanon demokratischer Politik hat den rechten Wählern und vielen Wankelmütigen gezeigt, diese Politik ist wählbar. Der Asylkompromiß hat die rassistische Agitation als richtig und erfolgreich betätigt und damit politikfähig gemacht. In der Realität bringt der Kompromiß nichts, weil die Probleme nicht gelöst werden. Er bringt insbesondere den Kommunen nichts, weil die Kostenfrage in Bezug auf die Kriegsflüchtlinge ungeklärt bleibt.

(1) (siehe Horst Peter / Norbert Sprafke, Rot-Grün in Kasse, spw nr. 26, 8. Jgg, März 1985, außerdem Horst Peter / Norbert Sprafke, Rot-Grüne Zusammenarbeit in Kassel, in: Norbert Rehrmann, Rot-Grünes Kassel. Eine Bilanz nach 4 Jahren).

(2) Walter Siebel, Die Festivalisierung der Politik, Die Zeit Nr. 45, 30.10.92.

(-/19. März 1993/ks/ks)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **Ziele und Wege der Parteireform "SPD 2000" (Teil II und Schluß)**

**Die Mitgliederpartei der Zukunft braucht eine moderne Organisation**

vorgelegt von der Projektgruppe "SPD 2000" des Parteivorstandes

#### **VIII. VORSCHLÄGE FÜR PRAKTISCHE PROJEKTE**

- 1) Die SPD wird sich durch neue Formen, auch zeitlich begrenzter politischer Projektarbeit für die Mitwirkung von interessierten und engagementbereiten Bürgerinnen und Bürgern öffnen, die nicht Mitglieder der Partei sind.
- 2) Die SPD wird verstärkt Bürgerforen organisieren oder an ihrer Organisation mitwirken, um den offenen politischen Dialog zwischen interessierten Bürgerinnen und Bürgern, Expertinnen und Experten, Ratsmitgliedern, Parlamentarierinnen und Parlamentariern und Parteimitgliedern zu verbreitern und zu vertiefen.

Auf Unterbezirksebene sollen regelmäßig Zukunftswerkstätten organisiert werden, um die politische Bestandsaufnahme unter sich rasch ändernden Verhältnissen mit der Freisetzung politischer Phantasie für Zukunftsprojekte zu verbinden.

- 3) Die SPD wird verstärkt den Dialog mit Technik-, Natur- und Geisteswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern führen und die vorhandenen Erfahrungen der Mitglieder stärker nutzen.
- 4) Die SPD will ihre Medienarbeit wirkungsvoller, kompetenter und in besserer Abstimmung organisieren. Dazu gehört die Erarbeitung konzeptioneller Strategien für eine langfristige Öffentlich-

keitsarbeit ebenso wie Trainingsprogramme für die ehren- und hauptamtlichen Funktionsträgerinnen und Funktionsträger.

- 5) Die Verbesserung der Kommunikationsfähigkeit der Partei muß vor allem an der Basis wirksam werden. Ein systematisch organisiertes, durchgängiges und differenziertes Trainingsangebot wird die ehren- und hauptamtlichen Funktionsträgerinnen und Funktionsträger wirkungsvoller befähigen, attraktive und ergebnisorientierte Gespräche und Foren mit unterschiedlichen Zielgruppen innerhalb und außerhalb der Partei zu organisieren.

#### **IX. VORSCHLÄGE FÜR NEUE RICHTLINIEN UND STATUTENÄNDERUNGEN**

1. Die Arbeitsgemeinschaften erhalten Antragsrecht auf den jeweiligen Ebenen der Partei. In den Arbeitsgemeinschaften können Nichtmitglieder mitarbeiten, aber keine Funktionen übernehmen.
2. Projektgruppen erhalten Antrags- und Rederecht auf der jeweiligen Ebene der Partei. In ihnen können Nichtmitglieder mitarbeiten.
3. Ortsvereine sollen mindestens 4 mal jährlich Mitgliederversammlungen durchführen. Sie können Versammlungen durchführen, bei denen Nichtmitglieder Antragsrecht erhalten.
4. Über die Aufnahme neuer Mitglieder muß der Ortsvereinsvorstand innerhalb von 4 Wochen entscheiden; danach entscheidet der Vorstand des zuständigen Unterbezirks auf seiner nächsten Sitzung. Es sollen Veranstaltungen für neue Mitglieder durchgeführt oder zumindest eine persönliche Ansprache sichergestellt werden.
5. Bei der Aufstellung von Kandidatenlisten für kommunale Vertretungen und Parlamente erhält der zuständige Vorstand das Recht, mindestens 2 der ersten 10 aussichtsreichen Plätze zu besetzen (Vorschlagsrecht).
6. Bei der Festlegung von Listen für kommunale Vertretungen sollen 10% der Kandidatinnen und Kandidaten nicht älter als 30 Jahre sein.
7. Wir wollen die Möglichkeit zur Durchführung von Urabstimmungen eröffnen.
8. Innerparteiliche Nominierungen von Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahlen zu kommunalen Vertretungen und für Parlamente sind 3 Monate vorher parteiöffentlich bekannt zu geben, damit für einen breiteren Kreis eine Kandidatur möglich wird. Den Vorständen der jeweiligen Ebene ist es freigestellt, das Delegiertenprinzip durch das Votum einer Mitgliederversammlung zu ersetzen.
9. Das Wohnortprinzip bleibt grundsätzlich erhalten, doch sollen Ausnahmemöglichkeiten großzügig gehandhabt werden.
10. Jedem Ortsverein steht auf Unterbezirks-Parteitag mindestens ein Grundmandat zu.
11. Mindestens ein Drittel der Vorstandsmitglieder der jeweiligen Ebene sollen kein Mandat auf der jeweiligen oder höheren Ebene innehaben. Jedem Parteivorstand gehört ein für die innerparteiliche Bildungsarbeit verantwortliches Mitglied an.
12. Die Seniorenarbeit wird in Zukunft zu einem festen institutionalisierten Bestandteil der Parteiarbeit; über deren Form wird die Auswertung der laufenden Projektstudien entscheiden.

(-/19. März 1993/ks/ks)

\*\*\*\*\*